

Paroli

Linke Blätter
für Stadt,
Landkreis und
Universität

Ausgabe Nr. 18
November 2012

Es steht viel auf dem Papier

Politik im Kreistag Marburg-Biedenkopf: Stillstand und Selbstfesselung

Energiewende: Klimaschutzkonzept und Masterplan stehen auf dem Papier. Es locken Fördergelder des Bundes. Bei konkreten Ausgestaltungen und Auseinandersetzungen um Windkraft- und Biogasanlagen hält sich der Kreisausschuss bedeckt. Gleichstellung der Lebensweisen: Ja, es gibt einen Frauenförderplan. Ja, es gibt einen Fortschrittsbericht. Muss sein, steht im Gesetz. Ändert sich etwas? Nein, kein Fortschritt.

UKGM: das brisanteste Thema in Mittelhessen. Es ist zwar nicht unmittelbar von Kreisorganen zu entscheiden, aber ihre Haltung hat erhebliche Signalwirkungen. Klare Forderungen zu Rückkauf, Versorgung der Patientinnen und Patienten, Ar-

beitsbedingungen und Qualität von Forschung und Lehre der Fraktion DIE LINKE – in der Marburger Stadtverordnetenversammlung von Grünen mitgetragen – werden wegen des Koalitionsfriedens bis zur Unkenntlichkeit verwässert.

Bildung: eine Herzensangelegenheit aller Fraktionen in Sonntagsreden. Nur kosten darf sie nichts. So werden Schulen im Hinterland zusammengezwungen und die Abstimmung mit den Füßen in die Privatschule nach Bad Laasphe fatalistisch hingenommen. Die Versorgung des ländlichen Raums mit schnellem Internet: Eine Firma wird gegründet. Die Inhalte des Gesellschaftsvertrages, wen kümmern solche Kleinigkeiten? Zugestimmt.

Öffentlicher Nahverkehr, Gesundheitsversorgung in der Fläche, kommunale Selbstverwaltung, Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, kurz: Politik im Interesse der Mehrheit findet nicht oder sehr zögerlich statt.

Lichtblick: Im September unterstützt der Kreistag auf Antrag der LINKEN das Bündnis UmFAIRteilen. Es will die ungerechte Vermögensverteilung in Deutschland mit Vermögenssteuer, Kampf gegen Steuerflucht und Steueroasen, Finanztransaktionssteuer und einmaliger Vermögensabgabe beenden. Bis auf die FDP stimmen Abgeordnete aller Fraktionen zu. Aber es ist ja nur ein Appell. Und es ist bald Wahlkampf. *Hajo Zeller*

Kommentar

Kreistag kastriert

Der Haushalt: das Königsrecht der Parlamente. Der Kreistag ist zwar kein richtiges Parlament, er ist „Organ der gemeindlichen Selbstverwaltung“. Dennoch jedes Jahr erbitterte Haushaltsdebatten. Jeder Posten ist umkämpft – Scheingefechte. Denn: Die zugrunde liegenden Zahlen sind virtuelle Planzahlen.

Echte Zahlen liefert der Jahresabschluss. Vom Kreistag zu beschließen. Erhebliche Abweichungen von den Planzahlen sind die Regel. Grund genug, der politischen Führung auf den Zahn zu fühlen, worauf dies beruht.

Kreistagssitzung 21. September 2012. Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2009. Kein Druckfehler. 2009. Fast drei Jahre nach Ultimo wird die Jahresrechnung beschlossen, erhebliche Abweichungen zum Ursprungsplan inklusive. Die zeitliche Verzögerung ein Gesetzesverstoß. Jeder Kassenwart eines X-beliebigen Vereins bekommt für eine verspätete Rechnungslegung erheblich auf die Mütze. Geschäftsführer von GmbHs oder AGs säßen vermutlich im Knast.

Und der Kreistag? Schweigt. Die SPD? Schweigt. Die Lokalmedien? Sie schweigen. Sind das die ersten konkreten Anzeichen, die Landkreise abzuschaffen, wie die SPD hin und wieder fordert? Nur Anna Hofmann, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, moniert diese Selbstkastration des Kreistages. Vergänglich. *Hajo Zeller*

DIE LINKE. Hessen: UKGM zum Land!



DIE LINKE. Hessen erneuerte am 6. Oktober auf ihrem Landesparteitag die Forderung nach Rückführung des Uniklinikums Gießen-Marburg (UKGM) in öffentliches Eigentum. Links: Gastrednerin und ver.di-Vertrauensfrau Urte Sperling.

Neulich in Wiesbaden: Ein Bild sagt mehr als tausend Worte. Mit versteinerner Miene blickte Wissenschaftsministerin Kühne-Hörmann bei der Übergabe auf den Berg von 43.000 Unterschriften gegen Stellenabbau am UKGM, welche das Aktionsbünd-

nis „Gemeinsam für unser Klinikum“ monatelang gesammelt hat. Wie der Ochs vor dem Scheunentor steht die Landesregierung plan- und hilflos vor dem Scherbenhaufen ihrer Privatisierung.

Ein anderes Bild vor kurzem in Frankfurt am Main: Unter großem

Beifall und mit überwältigender Mehrheit verabschieden die Delegierten des 5. Landesparteitags einen Antrag der LINKEN Marburg-Biedenkopf, der die Landesregierung auffordert, „alle vertragsrechtlichen und politischen Optionen zu nutzen, um das UKGM wieder in öffentliches Eigentum zu überführen“. Mit dem Votum bekräftigt der Landesparteitag auch die überregionale Bedeutung der Auseinandersetzung um das UKGM. Im Antragstext heißt es: „Vielmehr handelt es sich bei dem Kampf um das UKGM um die grundsätzliche Frage, wie die Gesundheitsversorgung und die Versorgung mit öffentlichen Gütern in unserer Gesellschaft organisiert werden soll.“

Mittlerweile liegt ein Zwischenbericht der Unternehmensberatung McKinsey zur Situation am UKGM vor. Dieses Schriftstück kommt einem Offenbarungseid für die Unternehmensführung gleich, die ihren eigenen Laden nicht im Griff zu haben scheint. **Fortsetzung S. 3**

Foto: Jasmin Romfeld

Termine

Stadtparlament (StVV) Marburg

Fr., 2. Nov., 16.00 Uhr, Sitzungssaal, Barfüßerstr. 50

Georg Fülberth: Sozialismus

Veranstaltungsreihe Linkes Basiswissen des SDS. DIE LINKE Mi., 7. Nov., 20.00 Uhr, Hörsaalgebäude, Biegenstr., +1/0120

NSU Untersuchungsausschuss

Dr. Gerd Wiegel, AStA-Veranstalt. Mi., 14. Nov., 20.00 Uhr, Philfak, Wilhelm-Röpke-Str. 6, 01H01

Kreistagssitzung

Fr., 16. Nov., 9.00 Uhr, Kreishaushaus Marburg-Cappel

Kreisparteitag der LINKEN

mit Wolfgang Gehrcke (MdB) Sa., 17. Nov., 10 bis 17 Uhr, Bürgerhaus Wehrda

Regelmäßige Termine

im LINKEN-Büro bzw. Käte-Dinnebier-Saal DGB-Haus, Bahnhofstr. 6, Marburg Eingang rechte Hausseite

► **Mitgliederversammlung** der LINKEN Marburg-Biedenkopf, am 3. Do. des Monats, 19.30 Uhr

► **Marburger Linke** Fraktion und Liste, montags, 20.00 Uhr

► DIE LINKE. **Kreis AG**, mittwochs, 19.00 Uhr

SDS.dielinke
Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband

► die Marburger Gruppe des SDS trifft sich dienstags, 20.00 Uhr www.sds-marburg.de

Impressum

Paroli

Herausgeber: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf, Fraktion Marburger Linke, Fraktion DIE LINKE im Kreistag

Redaktion: Renate Bastian (verantw.), Nico Biver, Ingeborg Cernaj, Jan Schalauske, Hajo Zeller

Layout: Nico Biver

Redaktionsschluss: 25.10.2012

Kontakt

DIE LINKE Marburg-Biedenkopf
Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg
Tel. 06421-163873, Fax 175618
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de

Hartz-Gesetze – eine Erfolgsstory?

10 Jahre nach Einführung sind die Arbeitslosen und die meisten Beschäftigten ärmer

Die Idee: Mit der „Agenda 2010“ wollten SPD und Grüne die Arbeitslosigkeit halbieren und ganz Deutschland reformieren. Unter anderem mit Niedriglöhnen, „Fordern und Fördern“ und „Ich-AGs“ sollten die Beschäftigten und Erwerbslosen ihren Beitrag zur Exportoffensive der bundesdeutschen Wirtschaft leisten. In Gesetzesform gegossen wurde das Vorhaben von Peter Hartz, Arbeitsdirektor bei VW und später wegen Untreue rechtskräftig verurteilt. So entstand die Mutter aller Reformen: Hartz I bis IV.

Die ökonomischen Folgen: Mini- und Midi-Jobs verdrängen reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Die Zahl der Menschen, die von ihrer Arbeit nicht leben können, steigt rapide. Die Angst vor dem Abstieg in die Armut lähmt den Widerstand der Beschäftigten. Unternehmen diktieren die Arbeitsbedingungen. Praktika, befristete Beschäftigungen und Leiharbeit prägen immer öfter den Arbeitsalltag. Die Reallöhne sinken. Die Gewinne explodieren. Diese renditesuchenden Gelder und die auf Dumpinglöhnen beruhenden bundesdeutschen Exportüberschüsse sind Hauptursachen der Krise in Europa.

Folgen für Erwerbslose: Das Motto „Fördern und Fordern“ wurde von Dr. Carsten McGovern, Sozialdezernent des Landkreises und Chef des Kreisjobcenters (KJC) – heimisches Exekutionsorgan der Agenda 2010 – gebetsmühlenartig immer wieder



Foto: Nico Biver

Da die Erwerbslosen von den KJCs gezwungen werden, jeden Job anzunehmen, sind die unteren Lohnniveaus gesunken.

vorgetragen. Es bewirkte bei Vermittlungen wenig, erhöhte aber den Druck enorm. Verfolgungsbetreuung, Sanktionen aus nichtigem Anlass, der Zwang, jeden Job anzunehmen und nahezu jede „Qualifizierungsmaßnahme“ mitmachen zu müssen, zermürben die Betroffenen. Der Generalverdacht, sich auf Kosten anderer in der sozialen Hängematte zu aalen, stigmatisiert, ist menschenverachtend und unwürdig.

Armut per Gesetz: Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wurden auf niedrigstem Niveau vereinigt. Die Regelsätze sind für ein menschenwürdiges Leben zu niedrig. Ulrich Schneider (Paritätischer Wohlfahrtsverband) sagt: „Die Reformen markieren den absoluten Tiefpunkt der bundesdeutschen Sozialpolitik.“ Michael Sommer (DGB) erklärte: „Dies ist keine Förderung von Arbeitslosen – nur die Abschiebung in die Armut.“ Bernd Riexinger,

Vorsitzender DIE LINKE: „Wir werden niemals unseren Frieden mit einer Politik machen, die Menschen von jeglicher sozialen und kulturellen Teilhabe ausschließt und mündige Bürger-

rinnen und Bürger mit Sanktionen drangsaliert. Wir wollen deshalb eine sanktionsfreie Mindestsicherung, von der Menschen leben können und die sie nicht schikaniert.“ Die Fraktion DIE LINKE bringt diese Anliegen immer wieder in den Kreistag ein. Beispielhaft: die Forderung nach einem „Sozialticket“, das armen Menschen über Ermäßigungen bei öffentlichen Verkehrsmitteln, bei Bildungs- und Kulturangeboten soziale und kulturelle Teilhabe ermöglichen soll.

Bernd Hannemann

A 49-Hängepartie

Vom 14. bis zum 28. August 2012 wurde der Planfeststellungsbeschluss der A 49 für den Abschnitt zwischen Stadtallendorf und Gemünden/Felda öffentlich ausgelegt.

Der Widerstand gegen das Projekt wird vor allem vom BUND und der Bürgerinitiative „Schutz des Ohm-tals“ organisiert. Da die Planungsbehörden keine Anhörung zugelassen haben, bleibt den Gegnern nur der Klageweg. Hierfür werden Einzelkläger, Multiplikatoren und Spenden benötigt.

Für Marburg hat der Bau der A 49 erhebliche Auswirkungen auf das zukünftige Verkehrsaufkommen und auf die Trinkwasserqualität, wie die Diskussion um die Stadtallendorfer Brunnen im Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke belegt.

Nähere Informationen: Wolfgang Schuchhart, Tel. 06421/45916 oder Reinhard Forst: Tel. 06422/1231



Foto: Nadine Waigel

Fraktionsmitglieder der LINKEN im Kreistag: Adnan Yildirim, Anna Hofmann, Ingeborg Cernaj (v. l. n. r.)

Gift in Gemüsegärten

PAK-Belastung im Kreis untersuchen!

Nach dem Großbrand in Goßfelden im Juli vergangenen Jahres hatten die Behörden Proben von Obst und Gemüse aus umliegenden Lokaltäten entnommen und auf Gefahrenstoffe untersucht. Anschließend wurde auf der Website des Landkreises Marburg-Biedenkopf allgemeine Entwarnung gegeben.

Wer sich jedoch die auf der Website mitveröffentlichten Tabellen genauer ansah, merkte sehr wohl, dass in Sarnau und in Bauerbach einige Stichproben zum Teil dramatisch erhöhte Werte krebsauslösender polycyclischer aromatischer Kohlenwasserstoffe, kurz PAK, enthielten.

DIE LINKE ging im Kreistag der Frage nach, weshalb die Öffentlichkeit nicht darüber informiert wurde. Die lapidare Antwort hieß: Die PAK-Belastungen seien erwiesenermaßen nicht die Folge des Brandes in Goßfelden, da bereits drei Jahre zuvor erhöhte PAK-Werte in Gras- und Lebensmittelproben gefunden worden seien.

Dass diese „Vergleichsproben“ gar nicht aus Sarnau, ja noch nicht einmal aus dem Landkreis Marburg-Biedenkopf stammen, bestätigte der Regierungspräsident Dr. Lars Witteck erst in einem Antwortschreiben vom 5. Juni d.J. Somit ist der Hinweis auf diese Pro-

ben in der Beurteilung der Folgen des Brandes in Goßfelden irreführend und irrelevant.

Für die Menschen in Sarnau, Bauerbach und anderen Gemeinden ist das behördliche Herumeiern nicht hilfreich. Sie wollen und müssen wissen, ob selbst gezoogenes Gemüse aus dem eigenen Garten mit krebsauslösenden Chemikalien verseucht ist oder nicht.

Eine Wiederholung der Beprobungen an den Standorten, in denen im vorigen Jahr erhöhte PAK-Werte gemessen wurden, ist dringend geboten. Darüber hinaus muss die Zahl der Proben ausgeweitet werden – es muss auch Gemüse aus den benachbarten Gärten untersucht werden. Beim gegenwärtigen Stand der Dinge ist eine allgemeine Entwarnung nicht zulässig.

Gleichzeitig ist es erforderlich, die wahre Ursache der PAK-Belastung in Sarnau und den anderen betroffenen Standorten herauszufinden. Solange diese nicht bekannt ist, muss mit ähnlichen Belastungen auch in anderen Lokaltäten des Landkreises gerechnet werden. Eine Rasteruntersuchung der zur Nahrungsmittelproduktion genutzten Böden im gesamten Landkreis wäre die einzig richtige und wünschenswerte Reaktion der zuständigen Behörden.

Ingeborg Cernaj

Keine Hähnchenmastfabrik

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Kreistag hatten nach der Sommerpause allen Grund zur Freude: Die Hähnchenmastfabrik in Bellnhausen wird nicht gebaut. Der Betreiber zog wegen zahlreicher Auflagen seinen Bauantrag endgültig zurück.

Neben dem Protest der Anwohner hat auch ein Antrag der Fraktion DIE LINKE im Kreistag, eine Neubewertung der Gefährdung für die öffentliche Gesundheit vorzunehmen, zu dieser Entwicklung beigetragen. Die Fraktion stützte ihren Antrag auf neue wissenschaftliche Studien, in denen ein direkter Zusammenhang zwischen Massentierhaltung und der Entstehung multiresi-

stenter Keime belegt wurde. Diese gefährlichen Keime können in die Umwelt gelangen und die Gesundheit der Anwohner gefährden. Die im Kreis regierende Koalition aus CDU, Grünen und Freien Wählern stimmte nach emotionsgeladener Diskussion gegen diesen Antrag.

Dr. Ingeborg Cernaj, Kreistagsabgeordnete der LINKEN, sagt: „Die Fraktion hat einen zentralen Nerv der Massentierhalter getroffen. Dies belegt ein Schreiben des ‚Bundesverbandes der Geflügelzüchter‘, in dem die Ergebnisse der Studien im Sinne der Massentierhaltung ausgelegt wurden – ein Versuch, der kläglich scheiterte.“

Ingeborg Cernaj

Kirchhainer LINKE am Ball

Fast 1500 Wohnungen der Wohnstatt im Ostkreis sollten durch die Landesregierung verkauft werden. Die Mitglieder des Ortsverbandes DIE LINKE. Kirchhain und Ostkreis informierten die betroffenen Menschen und sammelten Unterschriften gegen den Verkauf. Reinhard Heck, Stadtverordneter der LINKEN in Kirchhain, brachte eine Resolution im Parlament ein, die einstimmig verabschiedet wurde. Letztendlich gab die Landesregierung die Privatisierungspläne für hessenweit über 61000 Wohnungen auf.

Dieses Beispiel zeigt, Widerstand kann Erfolg haben. Und es zeigt, wie die Mitglieder des Orts-

verbandes und ihr Stadtverordneter bei wichtigen städtischen Problemen zusammenarbeiten. Auf den monatlichen, öffentlichen Mitgliederversammlungen sprechen sie ihr Vorgehen ab.

Die künftige Nutzung von Bürgerhaus und Bahnhof, die Ausstattung der Spielplätze sowie die drohende Schließung der städtischen Bücherei sind wichtige lokale Fragen, die mit den Bürgerinnen und Bürgern besprochen und ins Parlament eingebracht werden. Immer wieder ist Reinhard Heck bei Abstimmungen allein auf weiter Flur, so zum Beispiel auch, als er gegen die Erhöhung der Kindergartengebühren stimmte. *Reinhard Heck*



Im Oktober waren drei Kommunalpolitikerinnen der LINKEN (Mitte) aus der Partnerstadt Doberlug-Kirchhain auf Einladung des Stadtverordneten Reinhard Heck (2.v.l.) nach Kirchhain gekommen – hier bei einem Besuch der Gedenkstätte Münchmühle.

Wie die Energiewende sozial wird

Die Netzbetreiber erhöhen die Ökostrom-Umlage, die Strompreise steigen weiter. Gleichzeitig machen E.on und RWE im ersten Halbjahr 11,7 Mrd. Euro Gewinn. Diese Mega-Profite sind bei steigenden Strompreisen ein Skandal. „Die Strompreise müssen auf den Prüfstand. Wer die ökologische Energiewende vorantreiben will, muss sie sozial gestalten“, fordert Gregor Gysi, der Fraktionschef der LINKEN.

DIE LINKE im Bundestag stellte ein 7-Punkte-Programm „Wie die Energiewende sozial wird“ zur Senkung der Stromtarife vor. Wirksame Preiskontrollen, das Kappen der Industrierabatte, Senkung der Stromsteuer, Sockeltarife, Beenden der Stromsperren, Abwrackprämien für stromfressende Haushaltsgeräte und eine energetische Optimierung

des Gebäudebestandes sind die Instrumente, mit denen die Kosten des Umbaus der Energieversorgung fair verteilt und für bezahlbare Strompreise gesorgt wird.

Fortsetzung von S. 1

Uniklinikum ...

Um das Klinikum auf Wachstumskurs zu trimmen, hofft die Rhön-AG auf Investitionszuschüsse. Öffentliche Gelder, auf die der Konzern beim Kauf ausdrücklich verzichtet hatte. Für DIE LINKE bleibt es dabei: Das Privatisierungschaos muss beendet werden. Die Politik muss alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um das Klinikum den Profitinteressen zu entziehen und den Menschen in der Region zurückzugeben. *Jan Schalauske*

Links wirkt

Erfolgreiche Initiativen der Marburger Linken in der Stadtverordnetenversammlung

Stadtradeln

Das Stadtparlament stimmte einstimmig dafür, dass die Stadt sich vom 3.-23. September am Projekt „Stadtradeln“ des Klimabündnisses beteiligt und es bewirbt. Das neunköpfige Team „Rote Radler_innen“, in dem auch Fraktionsmitglieder der Marburger Linken strampelten, konnte sich mit 2.034 gefahrenen Kilometern knapp gegen das Team „FB Psychologie“ durchsetzen.

Behindertenparkplätze

Einstimmig hat das Parlament einem Antrag zugestimmt, Ersatzflächen für zwei gestrichene Behindertenparkplätze an der ehemaligen Frauenklinik unverzüglich bereit zu stellen.

Theaterersatz

Einstimmig hat die StVV sich auf Antrag der Marburger Linken dafür ausgesprochen, „unverzüglich ein Konzept dafür vorzulegen, wo das Hessische Landestheater in der Zeit der Renovierung des Erwin-Piscator-Hauses spielen kann.“

Revolutionäre

Die radikalen Teilnehmer der 1848-Revolution und Marburger Wissenschaftler Karl Theodor Bayrhoffer und Bruno Hildebrand sollen „in angemessener Form im Stadtbild“ gewürdigt werden. Es soll geprüft werden, ob eine Straße nach ihnen benannt oder eine Tafel an ihrem Wohnhaus angebracht werden soll.



Fraktionsvorsitzender der Marburger Linken Henning Köster

Marburger Mietmonopoly

Linke setzt sozialen Wohnungsbau auf die Tagesordnung

Wer in Marburg eine Wohnung sucht, braucht starke Nerven. Mit durchschnittlichen Quadratmeterpreisen von 8,50 Euro sind Wohnungen zwar nicht so teuer wie in München, aber teurer als in Frankfurt. Es mangelt an bezahlbaren Wohnungen.

Die rot-grüne Stadtregierung hat dieses Problem lange verdrängt. Übersichten zum Wohnungsmarkt fehlen. Auf welcher Grundlage der Magistrat seine Wohnungspolitik entwickelt, bleibt sein Geheimnis. Die Antwort auf eine Anfrage der Marburger Linken zum Thema wurde wegen Personalmangels auf die lange Bank geschoben. Die private Wohnungswirtschaft für Besserdienende boomt. Wohnanlagen, wie die Projekte „Campus I-III“,

lindern nicht die Wohnungsnot, sondern dienen den Renditeinteressen privater Geldanleger, die in Zeiten der Finanzkrise „Betongold“ als sicheren Anlagehafen entdeckt haben. Wer Bafög bezieht, kann diese Wohnungen nicht bezahlen.

Die GeWoBau, die gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt, befindet sich fast ausschließlich in öffentlicher Hand. Neubauten wurden in den letzten Jahren dennoch kaum errichtet. Aktuelles Vorzeigeprojekt ist das ehemalige EAM-Gebäude in der Uferstraße (später KJC). Dort sollen 34 Wohneinheiten mit öffentlichen Mitteln des sozialen Wohnungsbaus entstehen. Für Hartz-IV-Betroffene keine Lösung, die Mieten sind zu hoch. Im Kilian, dem ältesten erhaltenen Ge-

bäude der Marburger Kernstadt, will die GeWoBau im Auftrag der Stadt preisgünstige Wohnungen für Studierende schaffen. Über die Wohnungsqualität ist nichts bekannt.

Der Staat hat sich unter neoliberaler Regie aus der Wohnungsbauförderung verabschiedet. Ein Kurswechsel ist dringend geboten. Bund und Land müssen mehr Mittel für den sozialen Wohnungsbau bereitstellen. Der Verweis auf Berlin und Wiesbaden allein greift zu kurz. Auch die Stadt Marburg ist gefordert, eine substantielle Offensive für bezahlbaren Wohnraum auf den Weg zu bringen. Dazu sind im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus auch Neubauten nötig. Die Stadtverordnetenversammlung hat auf Antrag der Marburger Linken beschlossen, zu prüfen, ob das Gelände der VITOS-Klinik (ehemals PKH) ein geeigneter Standort ist. Das ist ein Anfang.

Jan Schalauske

Kampagne will Reichtum „UmFAIRteilen“

Marburger Linke will höhere Steuern auf Reichtum und Profite – bundesweit und lokal

Mehr als 40.000 Menschen, darunter viele Mitglieder des Kreisverbandes der LINKEN, demonstrierten bundesweit am 29. September für eine gerechtere Verteilung von Vermögen. Eine Aktion in Marburg am 24. September und die Teilnahme am Aktionstag des lokalen Bündnisses UmFAIRteilen am 28. September wurden als Vorbereitung für die hessische Großveranstaltung in Frankfurt am 29. September genutzt. Die Einführung von Vermögensteuer und Vermögensabgabe sind zentrale Forderungen des Bündnisses.

Seit Jahren werden die öffentlichen Kassen ausgetrocknet. Erst durch üppige Steuergeschenke an Reiche und Konzerne, zuletzt durch riesige Rettungspakete für Banken. Dabei ist mehr als genug Geld vorhanden: Der öffentlichen Armut in Deutschland steht ein Privatvermögen von über acht Billionen Euro gegenüber. Allein die Vermögen des reichsten Prozents der Bevölkerung sind höher, als alle öffentlichen Schulden in Deutschland.

Aber nicht nur auf Bundesebene werden die Vermögenden bisher geschont. In Marburg verhelpfen Stadt-



Foto: Frank Regulski

UmFAIRteilen-Aktion der LINKEN in der oberen Gutenbergstraße am 24. September mit der Landtagsabgeordneten Marjana Schott (r.)

verordnete von SPD und Grünen Anträgen der Marburger Linken zur Mehrheit, in denen die Wiedereinführung der Vermögensteuer gefordert und das Bündnis UmFAIRteilen unterstützt wird. Gleichzeitig weisen sie eine von der Linken geforderte Erhöhung der Gewerbesteuer, die Aktionäre und Unternehmer treffen würde, weit von sich.

Vor allem für Großunternehmen ist Marburg ein gutes Pflaster. Dank Rot-Grün sind die Steuersätze der Gewerbesteuer inzwischen so niedrig, dass diese sogar unter dem Ni-

veau der Gemeinde Lahntal liegen. Selbst der Landesrechnungshof moniert die niedrigen Marburger Steuersätze. Nach seiner Rechnung wären 2011 bei einer Erhöhung auf das Niveau Hanau über 12 Millionen Euro Mehreinnahmen möglich gewesen. Mehreinnahmen, die für Sozialwohnungen, für dringend benötigte Sport- und Schwimmflächen, für zusätzliches Personal bei der Stadt und gegen Niedriglöhne bei städtischen Unternehmen gut zu gebrauchen wären.

Nico Biver